

PLENUM 2018



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Das Sommertheater ist vorbei

CARSTEN TRÄGER:

Bund fördert Sanierung des Felsenkellers

MARTINA STAMM-FIBICH:

Mehr Personal für Hilfsmittel-Kontrolle

MARTIN BURKERT:

Infomobil des Bundestages auf Bayern-Tour

GABRIELA HEINRICH:

Europarat verabschiedet Resolution zum Schutz von NGOs

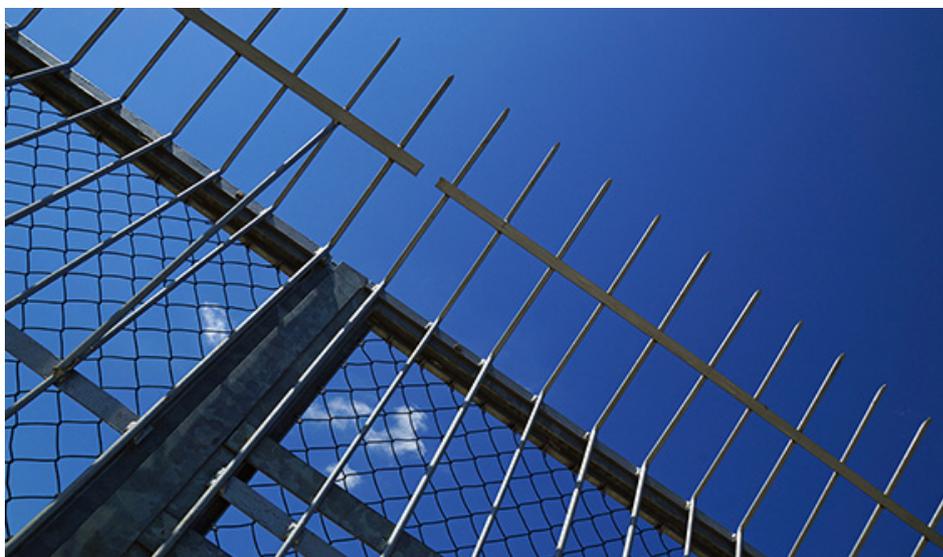
Sommertheater ist vorbei – Keine geschlossenen Lager!

Nach dem nationalistisch motivierten Alleingang der CSU wurde auf der Basis des Fünf-Punkte-Plans der SPD eine Einigung erzielt.

Am Ende einer nervenzehrenden, völlig überflüssigen Auseinandersetzung traf es unser Bundesfinanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz auf den Punkt: „Das Sommertheater ist vorbei“.

Es gibt sicher viele Worte, für die man sich entscheiden könnte – Posse, Scheindebatte, Kindergarten – die das unwürdige Schauspiel beschreiben, das die Union in den vergangenen Wochen aufgeführt hat. Vor allem die CSU missbrauchte den politischen Diskurs für ein schier unglaubliches, vom Wahlkampf in Bayern motiviertes Auftreten. Aus Angst, Stimmen an die AfD zu verlieren, bemühten die Christsozialen in den vergangenen gut drei Wochen Sprachbilder und Schreckensszenarien, die auch von Alexander Gauland oder Alice Weidel hätten stammen können. Seehofer, Dobrindt, Söder — drei Männer auf nationalistischen Irrwegen. Mit der Wirklichkeit, mit seriöser Regierungsarbeit und den drängenden Themen, die unsere Koalition im Fokus hat und haben muss, hat dieser nationalistisch motivierte Alleingang überhaupt nichts zu tun.

Denn eigentlich muss man sich dieser Tage darum bemühen, ein zentrales, politisches Anliegen fest im Blick zu haben: Es geht um Deutschland und um die europäische Einheit. Das Ergebnis der letzten Bundestagswahl



Es geht um ein europäisches Miteinander und nicht ums Abschotten. Mit der SPD in einer Bundesregierung wird es keine geschlossenen Lager geben. Foto: Lichtkunst 73/pixelio.de

hat uns darüber hinaus gezeigt, was die Bürgerinnen und Bürger von uns verlangen: Arbeit für unsere Gesellschaft, solide und gerecht.

Wir als SPD haben das auch in diesem speziellen Kontext getan, unser Fünf-Punkte-Plan zum Thema Asyl und Migration (siehe Infokasten) bildete am Ende der vergangenen Woche im Koalitionsausschuss die Grundlage für eine Einigung. Die SPD ist der Stabilitätsanker in der Koalition. Nur wir haben Sachpolitik betrieben. Und übrigens ist der Richtungsstreit der Union nichts anderes als die deutsche Version eines Phänomens, das in fast ganz Europa zu beobachten ist: Die

Spaltung des Konservativen Lagers in einen rechtsnationalen Teil und einen liberaleren, wertkonservativen Teil. Unsere Forderungen stehen auf der Basis dessen, was die Regierungsarbeit per Definition bestimmt: dem Koalitionsvertrag.

Uns geht es um ein europäisches Miteinander, um Lösungen für alle, von allen getragen. Es wird mit der SPD in einer Bundesregierung keine geschlossenen Lager geben. Wir weisen auch keine Menschen an unserer Grenze ab. Wir verhandeln mit unseren europäischen Nachbarn über Lösungen.

(weiter auf Seite 3)

Es darf keinen Dominoeffekt der Zurückweisung geben, wir sprechen über Menschen und nicht über nackte Zahlen. Zumal im Moment fast keine Flüchtlinge kommen, das ganze Schauspiel betrifft derzeit wohl fünf Menschen pro Tag an der Grenze zu Österreich. Dazu kommt unser dringendes Anliegen für ein Einwanderungsgesetz, das der Bundesinnenminister bis zum Herbst nun im ersten Entwurf vorlegen soll.

Apropos Innenminister: Allen voran Horst Seehofer hat mit seinem Rücktritt vom Rücktritt und den nächtlichen Krisensitzungen viel kaputt gemacht. Klar wurde dabei: Bei dem kindischen Hick-Hack um einen Masterplan, den zuerst keiner kannte und den der Bundesinnenminister dann als Vorsitzender der CSU veröffentlichte, arbeitete nur eine Partei in der Regierungskoalition sachlich am Thema orientiert an Lösungen — wir, die Sozialdemokraten.

Unser Ansatz steht im deutlichen Gegensatz zu den unausgegorenen

Plänen Seehofers, der zusammen mit seiner CSU populistische, rechte Vokabeln wie Asyltourismus benutzt und salonfähig macht, zockt, auf Kosten des Ansehens unserer Regierung und mit seinem angedeuteten Rücktritt sein Ministeramt darüber hinaus schwer beschädigt.

Das ganze Theater brachte auch im Resultat nichts, viel Lärm also um Nichts, denn ohne Verhandlungen und Einigungen mit den Nachbarn, allen voran Österreich, ist eine vernünftige Migrationspolitik für Deutschland und Europa nicht zu machen. Unverständlich, warum Bundeskanzlerin Angela Merkel bis dato an ihm festhält, wo er doch mit ihr angeblich nicht mehr zusammen arbeiten kann. Der negative Höhepunkt: Seehofers Credo, er lasse sich nicht von der Person entlassen, die er ins Amt gehoben hätte.

Das ist ein unfassbares Bild von Demokratie, eine Beleidigung der Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren und von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Untragbare Zustände auch,

dass persönliche Animositäten zwischen einer Bundeskanzlerin und einem ihrer Minister eine Regierung blockieren. Schluss damit!

Bitter ist dabei: Nach der Einigung kündigte Seehofer an, dass bei negativen Verhandlungen mit den europäischen Partnern sein Plan von nationalen Maßnahmen erneut aufs Tapet kommen werde. Der Lerneffekt beim Bundesinnenminister ist gleich Null. Oder, um es mit unserem Generalsekretär auszudrücken: „Kleiner Tipp: Wenn du im Loch sitzt, hör auf zu budeln“, twitterte Lars Klingbeil auf den Punkt.

Anders gesagt: Entweder versteht der Vorsitzende der CSU endlich, was es bedeutet, in einer Regierung zu arbeiten, die für Deutschland und Europa seriös den Koalitionsvertrag abarbeitet. Oder Horst Seehofer kann seinen Hut nehmen und den Platz freimachen für jemanden, dem es nicht nur um sein Ego geht. Sondern um Deutschland und seine Zukunft und die Wettbewerbsfähigkeit in Europa.



Demonstrierten einst Einigkeit (v.l.): Finanzminister Olaf Scholz, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Innenminister Horst Seehofer. Im Koalitionsvertrag haben sich SPD und Union auf eine gemeinsame Vorgehensweise geeinigt.
Foto: Achim Mende/Bundestag

Der 5-Punkte-Plan

Während die Union Machtspielen treibt, haben wir geliefert. Unser Fünf-Punkte-Plan für das Thema Asyl und Migration:

- » Fluchtursachen bekämpfen
- » Keine nationalen Alleingänge bei Zurückweisungen
- » Hilfe/Unterstützung für die Mittelmeerstaaten, in denen viele Flüchtlinge zuerst ankommen
- » Schutz der EU-Außengrenzen
- » Ein Einwanderungsgesetz für Deutschland



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://www.facebook.com/carstentraegermdb)



Bund fördert Sanierung des Fürther Felsenkellers

Im Herbst 2019 beginnen die Arbeiten. Haushaltsausschuss beschließt Beteiligung von 1,25 Millionen Euro. Fertigstellung ist im Jahr 2020.

Im Fürther Stadtwald zwischen Oberfürberg und Burgfarnbach liegt eines der beliebtesten Ausflugsziele für alle Fürther und das nahe Umland, ein traumhafter Ort für Wanderfreunde, Bierliebhaber und Naturschützer, ein idyllischer Platz inmitten des einmaligen Winterquartiers für seltene Arten der Fledermäuse, im Besonderen das „Große Mausohr“ und die Bechstein-Fledermaus – Die „Waldschenke zum Felsenkeller“.

Das malerische Gebiet ist zudem ein Schutzgebiet von standortheimischen Baumarten (Auenwälder). Seit 1925 ist der Ort ein fester und nicht wegzudenkender Bestandteil unserer Gastronomielandschaft. Das denkmalgeschützte Bauwerk stammt aus dem Jahr 1863, der Zahn der Zeit hat mittlerweile ordentlich daran genagt und deshalb ist eine Sanierung dringend notwendig.

Die Mittel dafür gibt es nun erfreulicherweise zur Hälfte vom Bund, 1,25 Millionen fließen, um vor allem den Dachstuhl und die Tragmasse zu erhalten und zu renovieren. Das hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages so beschlossen, der Bundestag dann verabschiedet. Darüber freue ich mich natürlich als Fürther sehr. Damit haben wir ein stabiles Fundament für die weiteren Planun-



Seit 1925 wird der Felsenkeller gastronomisch betrieben. Nun muss das Bauwerk für 2,5 Millionen Euro saniert werden. Der Bund übernimmt die Hälfte der Kosten. F: wikipedia.org

gen gelegt – ein großer Beitrag zum Erhalt des Felsenkellers als einzigartigen Erlebnisort in der Natur und der Biergartenkultur in meiner Heimatregion.

Besonders bemerkenswert dabei: Nur wenige Tage lagen zwischen der Antragsstellung und der Bewilligung der Gelder. „Dass es innerhalb von gerade mal zwei Wochen gelungen ist, Bundesmittel in Höhe von weit über eine Million Euro zu bekommen, ist absolut beeindruckend“, bedankte sich unser Fürther Oberbürgermeister Thomas Jung deshalb begeistert. Die Stadt Fürth ist bei dieser Kofinanzie-

rung der zweite große Akteur, hat den Felsenkeller für einen sechsstelligen Betrag erworben und für zwei Jahre an die Comödie Fürth verpachtet.

Die Sanierung soll laut Planung bis zum Jahr 2020 abgeschlossen sein. Der Spatenstich für die Arbeiten ist planmäßig im Herbst 2019 vorgesehen. Ein artenschutzrechtliches Gutachten in Bezug auf die Bau- und Sanierungsmaßnahmen steht darüber hinaus zwar noch aus, doch eines lässt sich jetzt schon sagen: Einer der schönsten Orte für Freizeit, Erlebnis und Natur in Fürths naher Umgebung bleibt erhalten. Und das ist gut so.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Mehr Personal für Hilfsmittel-Kontrolle

Die Patientenbeauftragte Martina Stamm-Fibich setzt sich für mehr Stellen und wirksame Kontrollen ein.

Das Bundesversicherungsamt (BVA) bekommt mehr Personal für die Kontrolle der Hilfsmittelversorgung. Dafür hat sich die Patientenbeauftragte der SPD-Fraktion Martina Stamm-Fibich eingesetzt. Bislang gibt es nur eine Stelle. „Mit dieser unzureichenden Personalausstattung ist es schlicht unmöglich, die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen zu überwachen“, sagt die SPD-Gesundheitsexpertin. „Die nun beschlossene Aufstockung auf drei Stellen ist ein guter erster Schritt für eine bessere Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Hilfsmitteln.“

Vor einem Jahr hat der Bundestag das Heil- und Hilfsmittelgesetzes reformiert. Das war notwendig, weil es Engpässe und Preisdumping bei der Versorgung

mit Hilfsmitteln gab. Auslöser für die Gesetzesinitiative war eine Petition beim Bundestag. Seitdem darf es bei Hilfsmitteln mit besonders hohem Dienstleistungsanteil keine Ausschreibungen mehr geben. Im März 2018 wurde bekannt, dass zwei große Krankenkassen solche Hilfsmittel weiterhin ausschreiben. Betroffen waren unter anderem Beatmungsgeräte und Hilfsmittel der Versorgung mit künstlichen Darmausgängen. Das BVA hat beide Kassen aufgefordert, die Verträge aufzuheben. Nun muss geprüft werden, ob auch in anderen Bereichen der Hilfsmittelversorgung ähnliche Defizite bestehen. „Auch drei Stellen reichen für eine sichere Kontrolle nicht aus. Ich setze mich weiter für eine Stärkung des BVA ein“, sagt Stamm-Fibich.

Anna wird zur Abgeordneten

Für drei Tage schlüpfte die Erlanger Schülerin Anna Barth bei „Jugend und Parlament“ in die Rolle der fiktiven Abgeordneten Bäcker. Sie nahm an Ausschuss- und Plenarsitzungen teil und lernte den Arbeitsalltag der Abgeordneten und Fraktionen kennen. Anna Barth ist auch im „echten Leben“ politisch aktiv und engagiert sich im Jugendparlament für die Belange junger Menschen in Erlangen. „Ich finde es super, wenn sich junge Menschen für unsere Demokratie einsetzen“, so Stamm-Fibich.



Cannabis-Freigabe: Die Debatte versachlichen

Die Debatte um die Cannabis-Legalisierung wird oft sehr emotional geführt. Sachliche Argumente, die für eine Legalisierung sprechen, treten dabei gegenüber Gefühlen leider häufig in den Hintergrund. Das zeigte sich auch bei der öffentlichen Beratung einer Petition des Deutschen Hanfverbandes und der öffentlichen Anhörung zu zwei Gesetzesentwürfen im Gesundheitsausschuss.

„Modellprojekte mit wissenschaftlicher Begleitung könnten ein Weg sein, die Debatte um die Legalisierung von Cannabis als Genussmittel zu versachlichen. Darüber müssen wir auch in der Koalition demnächst ernsthaft reden“, meint Martina Stamm-Fibich. Die derzeitige Cannabis-Politik verhindert wirkungsvolle Präventionsarbeit und Verbraucherschutz.



Martina Stamm-Fibich plädiert für wissenschaftliche Modellprojekte.

Foto: editorial247.com



Martin Burkert | Wahlkreis Nürnberg Süd und Schwabach

✉ martin.burkert@bundestag.de

☎ 030 - 227 733 63

🌐 www.martin-burkert.de

📘 facebook.com/burkertmartin

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Infomobil rollt durch Bayern

Bundestag informiert in verschiedenen Städten über die Arbeit der Abgeordneten

Auch in diesem Jahr ist das Bundestags-Infomobil unterwegs, um über die Arbeitsweise und die Aufgaben des Parlaments zu informieren. Am Infomobil können Sie mit den örtlichen Abgeordneten ins Gespräch kommen oder Fragen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen. Zudem gibt es zahlreiche kostenlose Informationsmaterialien, einen Großbildschirm für Filmvorführungen, eine überdachte Bühne und einen Besprechungsraum. Für die kleinen Besucher gibt es eine Kinderecke mit verschiedenen Spielen zu politischen Themen. Ich würde mich freuen, wenn viele das tolle Angebot in der Ferienzeit wahrnehmen würden. Für Schulklassen oder größere Besucherguppen gibt es zusätzlich die Möglichkeit, sich für einen Infovortrag über die Arbeitsweise des Bundestages anzumelden. Änderungen und weitere Infos können Sie folgendem Link entnehmen: www.bundestag.de/besuche/ausstellungen/bundestagunterwegs/infomobil



Das Infomobil des Bundestages soll bis 2021 alle 299 Wahlkreise in Deutschland besuchen. Vom 20. bis 22. August steht es in Weißenburg auf dem Marktplatz. *F: Jörg F. Müller*

Die Tourdaten

- » 9. bis 14.7.: Regensburg, Neupfarrplatz
- » 16. bis 21.7.: Schönau am Königssee, Busparkplatz
- » 23. bis 28.7.: Prien, Chiemsee Schifffahrt
- » 30.7. bis 4.8.: Oberstdorf, Kurpark vor dem Pavillon
- » 20. bis 22.8.: Weißenburg, Marktplatz
- » 27. bis 29.8.: Landkreis Donau-Rieß, Standort offen
- » 30.8. bis 1.9.: Ingolstadt, Rathausplatz
- » 3. bis 5.9.: Landshut
- » 6. bis 8.9.: Pfarrkirchen
- » 10. bis 12.9.: Deggendorf
- » 13. bis 15.9.: Weiden i.d. Oberpfalz
- » 17. bis 19.9.: Kulmbach

Nationale Weiterbildungsstrategie

Die Lage am Arbeitsmarkt in Deutschland ist derzeit so gut wie lange nicht. Dennoch gibt es nach wie vor Menschen, die vom wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland nicht profitieren und trotz großer Anstrengungen keine Arbeit finden. Gleichzeitig steht der Arbeitsmarkt durch den demografischen Wandel und die Digitalisierung vor großen Herausforderungen.

Das SPD-geführte Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat aus diesem Grund die Qualifizierungs-offensive „Wissen und Sicherheit für den Wandel“ gestartet. Weiterbildung und Qualifikation sind der Schlüssel für Sicherheit am Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung. Im Wesentlichen besteht die Offensive aus drei Kernelementen:

- Die berufliche Qualifizierung von Beschäftigten wird gestärkt.
 - Der Anspruch auf Weiterbildungsberatung wird umgesetzt.
 - Flexible Arbeitsformen werden besser abgesichert.
- Mit diesen Maßnahmen gestalten wir den Wandel am Arbeitsmarkt aktiv mit und bieten Schutz vor den Unwägbarkeiten, die er mit sich bringt.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Autoritäre Gesetze bremsen die Zivilgesellschaft aus

Regierungen in Europa beschneiden Freiheitsrechte durch ein Verbot oder die strafrechtliche Verfolgung von NGOs. Europarat verabschiedet Resolution.

Ein Bericht beim Europarat hat gezeigt: Autoritäre Gesetze bremsen mehr und mehr die Zivilgesellschaft in europäischen Ländern aus.

Mein Luxemburger Kollege Yves Cruchten hat beim Europarat eine Resolution vorgelegt, die beschreibt, wie manche Regierungen in Europa Freiheitsrechte beschneiden. Das geschieht oft durch sogenannte NGO-Gesetze. NGO steht für "Nicht-Regierungs-Organisation" und bedeutet einen großen Teil der Zivilgesellschaft.

Beispiele

Die rechtskonservative Regierung Ungarns belegt Flüchtlingshilfe-NGOs mit einer Strafsteuer. In Russland gibt es Gesetze über sogenannte „ausländische Agenten“ und über „unerwünschte Organisationen“, die zur Schließung Dutzender nationaler NGOs geführt haben. In der Türkei sorgt der Ausnahmezustand dafür, dass alle, die keine offizielle Linie mittragen, als potenzielle Terroristen gelten.

Eine funktionierende Zivilgesellschaft ist wichtig

In jeder Gesellschaft gibt es verschiedene Interessen, Erfahrungen und Meinungen. Die Zivilgesellschaft spiegelt diese Unterschiede wider. Kritiker sind keine Feinde. Sie dürfen sich or-



Verfechterin der Menschenrechte: Gabriela Heinrich bei ihrer Rede vor dem Europarat in Brüssel.

ganisieren und Kritik äußern. Das ist eine Hilfestellung für Regierungen – um das höchste Ziel zu erfüllen, das sie haben sollten: Regierung zu sein für ALLE Bewohner und Bewohnerinnen ihres Landes, nicht nur für den Teil der Gesellschaft, der auf Linie ist.

Anti-NGO-Gesetze verstoßen gegen die Menschenrechtskonvention

Empfehlungen der Venedig-Kommission werden ignoriert, Menschenrechtsbildung und Flüchtlingshilfe werden als Bedrohung wahrgenommen. Nach dem zweiten Weltkrieg haben sich visionäre Politiker*innen die Köpfe darüber zerbrochen, wie ein Miteinander

europaweit möglich ist. Sie haben sich auf die Menschenrechte als gemeinsamen Nenner geeinigt. Davon dürfen wir uns nicht verabschieden.

Die Resolution darf nicht ohne Folgen bleiben

Der Europarat hat die Resolution angenommen. Alle Mitgliedstaaten, auch Ungarn, Polen, die Türkei usw. sind aufgefordert, bestehende Gesetze hinsichtlich der Menschenrechtsabkommen zu überprüfen. Von neuen einschränkenden Gesetzen ist abzuweichen. Wir müssen wachsam bleiben und dürfen nicht müde werden, autoritäre Gesetze anzuprangern.